

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

3.6.1932 (No. 127)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Botschafts-
Kassette
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipierte Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.



38. Wander-Ausstellung der D.L.G. in Mannheim v. 31.5.-5.6.1932

Die Ausstellung der D.L.G. in Mannheim in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung

Von C. Leonhard Albert, Diplom-Volkswirt, Karlsruhe.

II. Die „Badische Schau“

Es ist Gepflogenheit der D.L.G.-Ausstellung, daß neben der allgemeinen Richtung — Fragen der deutschen Landwirtschaft — jeweils die Besonderheiten der Gegend, in der die Schau aufgestellt ist, besondere Beachtung finden.

Unser Heimatland ist mit der Eigentümlichkeit behaftet, daß der landwirtschaftlich genutzte Grund und Boden stark zersplittert ist. Somit ist die Verteilung der Besitz- und Betriebsgrößen sehr vielgestaltig. Wenig Großgrundbesitz, ein starker Mittelstand, meist aber sind es kleine und Kleinbauern, bei folgender Zusammenfassung:

Zahl d. Betriebe	Bewirtschaftl. Fläche
Parzellenbetriebe bis 2 ha	154 607
Kleinbetriebe 2 bis 5 ha	60 669
mittelmäßig 5 bis 20 ha	34 387
größtmäßig 20 bis 100 ha	4 681
Großbetrieb, 100 und mehr ha	594
Summe	254 438

Eng damit verbunden ist, zum Parzellenbetrieb eigentlich gehörend, die Gemengelage. Diese war für Badens landwirtschaftliche Entwicklung bestimmend. Vielfach ist der Kleinbauer nur Bauer im Nebenamt, da ein Teil seines Verdienstes oder Einkommens aus anderer Erwerbsquelle gezogen wird. Demgegenüber stellt aber der klein- und mittelbäuerliche Betrieb in Baden den Kern der landwirtschaftlichen Produktion dar, ihm ist größter Aufwand Mittel zur Erzielung größtmöglicher Erträge, die er behauptet, die bei bester Qualität. Ich denke dabei an Gemüse, Wein, Tabak, Obst, Zwischenkulturen, Doppelernten und was alles an Möglichkeiten noch auszunutzen ist.

Diese rein bäuerlichen Betriebe in Baden haben fast 70 Proz. der badischen Anbaufläche in ihrer Hand vereinigt. Also viel kleiner und kleinerer Besitz, der aber bei bestem Willen nicht zu beseitigen ist durch die Feldbereinigung, da der größte Widerstand in den Besitzverhältnissen immer selbst gefunden wird. Dingu kommt noch, daß, obwohl sich der badische Staat sehr großes Verdienst erworben hat durch die Erlassung des Feldbereinigungsgesetzes, die heutige Notlage einen großen Teil der geplanten Arbeiten illusorisch macht.

Diesen Faktoren muß die Ausstellung voll Rechnung tragen. Am wichtigsten ist das Haus der „Badischen Landwirtschaft“, das nur unsere Fragen behandelt.

Hier hat die Badische Landwirtschaftskammer, sie feiert im Rahmen der D.L.G.-Ausstellung ihr 25jähriges Bestehen in schlichter Form, der Schwere der Zeit angepaßt, im Verein mit der Regierung, den Genossenschaften und den landwirtschaftlichen Verbänden eine Sonderchau zusammengestellt. Sie enthält ein Bild der gesamten Förderungstätigkeit unserer Landwirtschaft, obwohl es nicht leicht war, die vielen Kulturen, die der badischen Landwirtschaft eigen sind und ihre vielseitige Tierhaltung und Tierzucht, zu berücksichtigen. In Tabellen, Bildern, Reliefs und Plakaten, in statistischen Zusammenstellungen ist in mühsamer Arbeit zusammengetragen worden, was das Gesamtbild darstellen soll. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Darstellung ist darin zu erblicken, daß sowohl dem Laien, wie auch dem Fachmann der große Zusammenhang klar wird, den die badische Landwirtschaft in ihrer Verflochtenheit mit ihrer engeren Heimat, wie auch den umgrenzenden Ländern aufzuweisen hat. Nur in der Totalität ist verständlich, welche großen Aufgaben die Bewahrung von unserem badischen Bauern erfordert wird, wie mühsam er sich nur erhalten kann.

Man kann wirklich nicht alles Besondere, was die diesjährige Schau bringt, besprechen.

In der Tierschau sind zum Wettbewerb Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, Fiegen, Kaninchen, Fische und Geflügel angemeldet. Die Qualität der Züchtungen, die dem Preisrichterkollegium vorgeführt wurde, war allererste Klasse. Deshalb für die Richter die große Qual, die richtige Waage zu treffen.

Ein eigenes Bienenzelt zeigt Leben im Bienenhaus mit allem, was damit verbunden ist, während das Institut für Bienenkunde, Freiburg, den systematischen und wirtschaftlich statistischen Teil dieses Produktionszweiges erklärt. Hier wären prinzipiell Naturerforschungen am Platze, die darauf abzielen, den gesamten Verbrauch an Honig innerhalb Deutschlands aus eigener Produktion zu decken.

Genau dieselben Gedanken treffen wir wieder, wenn wir das Tabakzelt betreten. Über 900 Pflanzler haben mehr als

1800 Proben eigener Züchtung zum Wettbewerb angemeldet. Hier von den zu vergebenden Preisen sind auf den badischen Tabakbau entfallen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Reichstabakforschungsinstitutes Forchheim (Baden) ist es den Pflanzern leichter gemacht worden, gute Kulturen zu ziehen, deren Ertragskraft und Qualität selbst von den vorzüglichen Betreibern dadurch anerkannt wird, daß der inländische Tabakmarkt bei ihnen immer mehr Absatz findet. Auch das Institut selbst hat seine neuesten Zuchtsergebnisse zur Schau gebracht, darunter Eigenarten, wie nach Kaffee riechende Tabake, oder solche mit Kakaogeschmack. Besonders interessant sind die Leistungen über nikotinfreie und nikotinarme Tabake, die hoffentlich auch bald den Weg in die Fabrikation finden werden, um so dem einzelnen „Diätraucher“ auch wieder den Genuß einer Zigarre zu schenken.

Mit Kostproben hat der Weinbauverband und die Winger-genossenschaften ausgestellt, ein Zelt, in dem Stimmung und Fröhlichkeit zu Hause sind.

Die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, an der Spitze die Mannheim'schen Werke, haben das Reueite ihrer Produktionen ausgestellt, wirklich ein großes und schönes Bild, das sie dem Besucher vorweisen.

Denken wir noch an die vielen Versuchsgüter, Forschungs-institute, Mustergüter, die ausgestellt haben, die Schulungs-betriebe und die rein bäuerlichen Organisationen für die Heranbildung des Landwirts, so stellen wir in vielen Fällen immer nur technische Bedeutsamkeit fest, da die wirtschaftliche Bedeutung sekundärer Natur ist und mit der finanziellen Seite sehr eng verknüpft ist. In Zeiten klarer und gesunder eigener Wirtschaftslage, geordneter weltwirtschaftlicher Produktions- und Absatzbeziehungen wäre diese Arbeit für den einzelnen Landwirt ein Segen. In heutiger Zeit aber kann er nur in keinem Maße teilnehmen an den Neuerungen, die ihm geboten werden. Die eigene Schulden- und Steuerlast ist so übermächtig, daß sie nur in Ausnahmefällen dem Landwirt die Möglichkeit geben, seinen Betrieb den Grundlagen und Grundrissen der neuesten Forschung und deren Ergebnissen angepaßt umzugestalten.

Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Besserung erfahren — leider ist dies aber in absehbarer Zeit nicht zu erwarten — dann können diese so bedeutungsvollen Forschungsergebnisse ihren Ehrenplatz einnehmen, der ihnen mit Recht gebührt. Es ist kaumenswert, mit welcher Mühe und Aufopferung unsere maßgebenden Organisationen arbeiten, forschen, versuchen, nur um der notleidenden Landwirtschaft zu helfen. Die Not, die sie bedrückt, ist wohl die stärkste Triebfeder, die unsere Forscher immer wieder anspornt, weiter und weiterzuarbeiten.

Nur noch zu streifen wäre hier die Frage, ob die heutige Lage der badischen Landwirtschaft nicht eine wesentliche Verbesserung erfährt, wenn sie sich in der Verfolgung der Autarkiemöglichkeiten nicht beeinflussen ließe, sondern sie mit größtem Nachdruck förderte. Viel von unserem Geld würde im Lande bleiben, würde keine Verwendung mehr finden zu Kapitalflucht, denn der eigene Absatzmarkt würde im Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage und seinem Niederschlag auf der geblichen Seite ausgleichend und innerpolitisch sichernd wirken und sich betätigen.

Wäre es den kommenden Zeitaltern vergönnt sein, in diesen Bahnen zu einer geregelten, abseh- und produktions-gesicherten Wirtschaft zurückzufahren. Eine gesunde Landwirtschaft ist das stärkste Rückgrat, das ein Staat haben kann, aus ihrer bodenständigen Kraft erwachsen ihm die Kräfte, die er im Staat und als Staat so dringend nötig hat.

Der Weg, der zu gehen ist, er ist dornenvoll und schwer, aber der Wille, den unsere Arbeiter in der Landwirtschaft, unsere Bauern, aufzuzeigen, ist so groß und bestimmt, daß wir hoffen dürfen, daß er sich zum Wohle unserer Heimat durchsetzt. Diese Anerkennung muß jeder dem heimischen Landwirt machen, der die D.L.G.-Wanderchau gesehen hat, der glauben gelernt hat an den unbeugsamen Willen unserer Landleute. Die Schlussworte der Rede unseres Herrn Staatspräsidenten sollen Beleitwort sein für das Tun und Wirken unserer badischen Landwirte:

Durch Arbeit und Zusammenarbeit,
Durch Klammigkeit und Ehrlichkeit,
Durch Gottvertrauen und Selbstvertrauen
Vorwärts und aufwärts zur Freiheit.

Ablösung der Reichsregierung von den Parteien. Wie der „Lokalanzeiger“ berichtet, werden sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts, die der Deutschnationalen Volkspartei angehören, aus der Partei austreten. Das Blatt nimmt an, daß auch die übrigen Mitglieder des Kabinetts ihre Beziehungen zu den Parteien lösen. Der Reichsminister v. Papen hat infolge seiner Ernennung zum Reichsminister den Vorsitz im Aufsichtsrat der Germania-AG. niedergelegt.

Wirtschaftliche Umschau

Um die deutsche Zahlungsbilanz — Das Ausland und die deutsche Zwangslage — Der Butterzoll

Der Kapitalabfluß aus Deutschland im Krisenjahr 1931 wird in einer Aufstellung des Statistischen Reichsamts über die deutsche Zahlungsbilanz für 1931 auf 4,8 Milliarden Reichsmark geschätzt. Während 1930 noch ein Überschuß von 0,79 Milliarden Reichsmark zu verzeichnen war, änderte sich das 1931 gründlich. Es konnten in diesem Jahr die kommerziellen und politischen Verpflichtungen Deutschlands nun nicht mehr aus dem Überschuß der Außenwirtschaft gedeckt werden, man mußte die Notenbankreserven heranziehen, Bankguthaben im Ausland flüssig machen, um nur einigermaßen den Verpflichtungen aus dem raschen Abzug von Auslandskapitalien, der Mitte des Jahres infolge der Vertrauenskrise einsetzte, wettzumachen. Aber auch das genügte nicht mehr. Das Hoover-Moratorium war notwendig, und durch Stillhalterverhandlungen und Devisenbewirtschaftung mußte ein weiterer Ausgleich gesucht werden, da Deutschland nicht imstande war, alle Forderungen des Auslandes auf Rückzahlung der geliehenen Gelder zu erfüllen.

Nach dieser Aufstellung stehen gegenüber dem Kapitalentzug von 4,8 Milliarden auf der deutschen Aktivseite 1931 zunächst die hochaktive Handelsbilanz (mit 2,8 Milliarden Reichsmark), wobei aber darauf hinzuweisen ist, daß die ersten Monate 1932 eine aktive Handelsbilanz von nur knapp 100 Millionen Reichsmark im Durchschnitt erreicht haben, ferner der Gold- und Devisenabfluß bei den Notenbanken (mit 1,7 Milliarden Reichsmark), weitere Überschüsse der deutschen Wirtschaft u. a. aus sog. Dienstleistungen (Aktivsaldo der deutschen Schiffahrt im Ausland 26 Millionen Reichsmark gegen 140 Millionen Reichsmark 1930 und 320 Millionen Reichsmark 1929, der Fremdenverkehr, für sich allein betrachtet, war gleichfalls knapp aktiv), während auf der Passivseite noch Reparationen in einer annähernden Höhe von 1 Milliarde Reichsmark und ein Passivsaldo von Zinsen mit rund 1,3 Milliarden Reichsmark stehen. Bei dem genannten außerordentlichen Kapitalabzug von 4,8 Milliarden Reichsmark ist übrigens auch ein Betrag für die Kapitalflucht und die Erweiterung der Exportkredite schätzungsweise einbezogen. Die Auslandsreserven der deutschen Banken haben sich um etwa 200 Millionen Reichsmark vermindert. Natürlich gibt eine derartige Aufstellung in vielen wichtigen Punkten nur Schätzungen, da sich hier unbedingt richtige, ziffernmäßige Darstellungen nicht geben lassen. Immerhin ist an der Tatsache nicht zu zweifeln, daß, was auch das Statistische Reichsamts unterstreicht, Deutschland am Ende seiner Kraft ist und auf keinen Fall mehr die politischen Verpflichtungen, d. h. die Reparationen bestreiten kann.

Der neue Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung behandelt u. a. die deutsche Devisenbilanz. Es wird darin vorausgesetzt, daß infolge der fortschreitenden Transfererschwerungen der effektive Deviseneingang auf den Aktivsaldo der Handelsbilanz 100 Millionen Reichsmark monatlich nicht überschreiten werde. Selbst wenn man zu dieser Summe noch 20 Millionen Reichsmark Zinseinnahmen hinzurechnet, erscheine es fraglich, ob auch bei schärfster Einfuhrbeschränkung die verminderte Ausfuhrkraft Deutschlands ausreichen wird, die für Zins- und Amortisationszahlungen erforderlichen Devisen aufzubringen. Das besagt, daß auch die deutschen kommerziellen Verpflichtungen an das Ausland außerdem noch in Frage gestellt sind.

Im Ausland ist man sich im Grunde über diese Sachlage nicht im Zweifel. Man muß erkennen, daß Deutschland mit den Reparationszahlungen Schluß zu machen gezwungen ist und man wird sich auch nicht der Zwangslage der deutschen Wirtschaft verschließen können, möglichst viel nach Deutschland liefern und sträuben sich gegen die Erkenntnis, daß die deutschen Zollmaßnahmen und die Devisenbestimmungen Ausdruck der deutschen Notlage sind, daß es sich hier um die Folgen dieser Not handelt, und daß die Maßnahmen selbst nicht die Ursache

Personaländerungen in der Reichskanzlei. Oberregierungsrat Dr. Brand wird als Nachfolger Dr. Pünders Staatssekretär der Reichskanzlei. Der bisherige Dirigent der Presseabteilung, Geh. Rat Dr. von Kaufmann, wird Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung. Der bisherige Chef der Sozialdemokratischen Ministerialdirektion Dr. Schmitt, der der Sozialdemokratie nahesteht, wird zunächst einen Urlaub antreten, bis er seinen neuen Posten als Gesandter in Rio de Janeiro übernimmt.

der Einschränkung der deutschen Bezüge aus dem Ausland sind.

Demnächst sollen wieder neue Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz in Gang kommen, nachdem seit dem 4. Februar ein vertragsloser Zustand besteht, weil man sich über die Erneuerung des Handelsvertrags nicht hatte einigen können. Die Schweiz hatte dann ein Kontingentierungssystem für zahlreiche wichtige deutsche Waren eingeführt und dadurch allerdings die Lage des auf den Export angewiesenen deutschen Schuldners erschwert. Es gelang dadurch die Ausfuhr Deutschlands nach der Schweiz in den ersten 4 Monaten 1932 herabzubringen, und zwar auf 188 Millionen Franken gegen 201 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Aber gleichzeitig ist die Aufnahmemöglichkeit Deutschlands noch härter zurückgegangen. Deutschland hat von der Schweiz in den ersten 4 Monaten 1932 nunmehr für 48 Millionen Franken gegen 77 Millionen Franken in der gleichen Zeit des Vorjahres bezogen. Unter der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz befinden sich jedoch, worauf schweizerischen Darstellungen gegenüber hinzuweisen ist, sehr erhebliche Posten, die auf Vorratserhaltung des schweizerischen Exporthandels zurückzuführen sind, da man zu Anfang des Jahres schon mit dem Abbruch der Verhandlungen rechnete. Die schweizerischen Berechnungen, die aus dem Überschuss der ersten 4 Monate, den Deutschland bei seinem Warenaustausch nach der Schweiz erzielte, bereits auf ein Jahresdefizit von rd. 560 Millionen Franken kommen, sind somit übertrieben. Im übrigen ist man sowohl in den Kreisen der auf den Absatz nach Deutschland angewiesenen Exportindustrien, wie auch in der schweizerischen Fremdenindustrie (bei der die deutsche Frequenz an der Spitze steht), bedenklich geworden und wendet sich gegen die allzu protektionistischen Tendenzen anderer Schweizer Wirtschaftskreise. Es wird jetzt davon gesprochen, daß die Schweiz in irgendeiner Weise einen Kompensationsverkehr für verschiedene Warengruppen in die Wege leiten wolle, um so wieder einigermaßen an der Wiederherstellung der internationalen Arbeitsteilung zu arbeiten. Auch der Versuch, einen möglichst großen Teil des Schweizer Warenverkehrs mit dem Ausland auf Clearing (Verrechnung von Devisen) abzustellen, und so manchen Stimmungen der Devisenknappheit zu begegnen, scheint ein Zeichen größerer Verständigungsbereitschaft.

Auch im übrigen Ausland spürt man die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer besseren Regelung der Handelsbeziehungen zu Deutschland, wenn sich auch noch immer Tendenzen zeigen, mit Zwangsmitteln gegen die deutsche Ausfuhr vorzugehen. In Holland fordern Interessentenkreise weitere Einfuhrverbote für deutsche Waren eventuell auch Repressalien durch Kreditperre, falls Deutschland die Einfuhr holländischer Waren, vor allem Lebensmittel, nicht erleichtert. In Italien agitiert man damit, daß Deutschland sich vor allem gegen die Einfuhr italienischer Gartenbauprodukte sträube, obwohl — nach italienischen Berechnungen — ein Ausfuhrüberschuss Deutschlands nach Italien von 450 Millionen Lire 1931 sich ergebe. Die Italiener stellen hier allerdings den noch immer bedeutenden deutschen Touristenverkehr nach Italien nicht in Rechnung. Auch mit Holland und Italien stehen neue Verhandlungen über die Regelung der Handelsbeziehungen bevor. Es wird bei der schwierigen Lage der deutschen Volkswirtschaft nicht leicht sein, eine erträgliche Regelung zu finden, zumal diese Staaten der deutschen Ausfuhr schon bisher Schwierigkeiten genug gemacht haben, wie Italien im Herbst vorigen Jahres durch einen allgemeinen 15prozentigen Wertzoll. Die Verhandlungen mit Rußland, die zwischen der deutschen Industrie und der russischen Handelsvertretung über den Abschluß eines Warenlieferungsabkommens stattfanden, sind am Ende der Vorwoche unterbrochen worden, weil man sich über die Kreditfrage und die von den Russen verlangten weiten Zahlungsziele nicht einigen konnte und vermehrte Konkurrenzbemühungen Englands den russischen Widerstand offensichtlich verstärkten.

Unter den Artikeln, deren deutsche Bälle besonders zur Zubereitung der handelspolitischen Verhältnisse mit dem Ausland geführt haben, befindet sich in erster Linie die Butter. Ihr Preis in Deutschland ist heute etwa der Vorkriegspreis, aber dieser Preis steht erheblich über dem Preis auf dem Weltmarkt. Er ist natürlich den Landwirten wohl zu gönnen, vielleicht sogar noch eine Erhöhung, wie wir ja auch eine Erhöhung der Getreidepreise (bei Weizen fast auf das Dreifache) der Weltmarktpreise im Interesse unserer Landwirtschaft tragen. Unsere Hauptbutterlieferanten aber sind Holland und Dänemark, zwei Länder, die bei der Abnahme deutscher Fertigwaren, in erster Linie Maschinen, Eisenwaren, Textilwaren, Elektroerzeugnisse, aber auch (bei Holland) Kohlen, in vorderster Front stehen und überdies zu den wenigen Ländern gehören, deren Zollgesetzgebung nicht ganz übersteigert ist. Einen Handelskrieg mit diesen Ländern in denen die Boykottbewegung gegen deutsche Waren bereits stark betrieben wird, und mit denen unser Handel noch aktiv ist, können wir natürlich nicht brauchen.

Sie beklagen sich insbesondere über die Ungerechtigkeit des deutschen Zoll- und Kontingentierungssystems für Butter, das nicht weniger als fünf Arten von Buttersorten enthält. Eine Vereinfachung dieses Systems wird auch deshalb befürwortet, weil es nicht imstande war, den Druck der Auslandsware wirksam zu vermindern, zumal sich ja außerdem auf dem innerdeutschen Buttermarkt noch die gestaute Kaufkraft breiter

Schichten bemerkbar macht. Das System hat auch dazu geführt, daß insbesondere Dänemark gegen andere Butterländer bei der Einfuhr nach Deutschland benachteiligt ist, und daß es zu Schiebungen und Falschdeklarationen nicht ausgenützter Kontingente kam, weil eben die verschiedenen Länder von Deutschland verschieden behandelt werden. Es wird nun vorgeschlagen, ein System der „proportionalen Kontingentierung“ einzuführen, durch das jedes Land zu einem erträglichen Zoll ein der früheren Buttermenge entsprechendes Kontingent einführen kann. Dabei soll zum Schutz der Landwirtschaft die Gesamtsumme aller Kontingente, entsprechend dem geringeren Bedarf Deutschlands, niedriger angelegt werden als die frühere Gesamteinfuhr, und Mengen, die über das Kontingent herein wollen, sollen einseitlichen höheren Prohibitivzöllen unterliegen. Es ist somit eine proportionale Einschränkung der Buttereinfuhr in Aussicht genommen, während gleichzeitig dennoch Dänemark und Holland entgegengekommen werden soll.

Die neue Reichsregierung Abernahme der Amtsgeschäfte — Beginn der sachlichen Arbeit

Die neue Reichsregierung von Papen, die am Donnerstag, halb 6 Uhr abends, vom Reichspräsidenten auf ihr Amt vereidigt wurde, hat dann die Dienstgeschäfte übernommen. Im vorläufigen Auftrage des zur Zeit erkrankten Dr. Brüning übergab der Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Rüder, die Dienstgeschäfte an den neuen Reichskanzler v. Papen. Die erste Sitzung hatte nur formalen Charakter. Heute, Freitag vormittag, wurde die sachliche Arbeit aufgenommen, die zunächst personellen Fragen galt, die noch zu lösen waren.

Alttestenrat des Reichstags einberufen

BR. Berlin, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Da dem Reichstagspräsidenten bis zur Stunde eine bindende Antwort über die Beschlüsse des Reichskabinetts noch nicht zugegangen ist, hat, wie wir hören, Reichstagspräsident Loh, einem Antrag der kommunistischen Fraktion entsprechend, den Alttestenrat auf morgen, Samstag, nachmittags, einberufen.

Keine Währungsexperimente!

Der Reichskanzler empfing, wie amtlich mitgeteilt wird, am Donnerstagnachmittag den Reichsbankpräsidenten zu einer eingehenden Aussprache. Dabei wurden sämtliche Probleme behandelt, die für die der Reichsbank obliegenden Aufgaben von Bedeutung sind. Es ergab sich völlige Übereinstimmung insbesondere darüber, daß keinerlei Währungsexperimente und überhaupt auf dem Währungs- und Kreditgebiete keine Maßnahmen in Frage kommen, aus welchen sich eine Gefahr für den Bestand der Währung ergeben könnte.

Reichskanzler von Papen an die Presse

Reichskanzler v. Papen empfing Donnerstag abend im Kongressaal der Reichskanzlei die Vertreter der deutschen Presse. Er liege ihm besonders am Herzen, zu sagen, daß er den Entschluß, das Amt zu übernehmen, sehr schweren Herzens gefaßt habe. Das Werk des Reichskanzlers Brüning habe er stets aufmerksam verfolgt und ihm vollen Erfolg gewünscht. Das Urteil über die Arbeit dieses Kanzlers bleibe einer anderen Stunde vorbehalten. Der Kanzler erklärte weiter, die neue Regierung sehe es als ihre Aufgabe an, die Lasten und die Opfer, die in dieser Zeit von Deutschland gefordert werden, dadurch tragbar zu machen, daß man die seelische Fundierung findet, die allein sie zu tragen ermöglicht. Die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, aus welchem Lager sie auch kommen mögen. Die gewaltigen Kraftanstrengungen, die von dem deutschen Volke in der nächsten Zukunft erwartet werden müssen, könnten nach Ansicht der neuen Regierung nur geleistet werden, wenn alle seelischen, geistigen und nationalen Potenzen herangezogen werden, die überhaupt greifbar sind.

Im Anschluß empfing der Reichskanzler die Vertreter der ausländischen Presse, um auch mit ihnen sofort die Verbindung aufzunehmen. In einer Ansprache erklärte er, daß die neue Regierung im Sinne der von dem bisherigen Kabinett geführten Außenpolitik bestrebt sein werde, unter Wahrung der nationalen Interessen in enger Zusammenarbeit mit den auswärtigen Mächten eine Befestigung der weltwirtschaftlichen Lage zu erreichen. Dabei würden die Bemühungen der neuen Regierung vor allem auf eine Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens gerichtet sein.

Mühlen Franck

die gute Kaffeewürze kostet nur noch 22 Pf. das halbe Pfund



Der Reichswehrminister an die Reichswehr

BR. Berlin, 3. Juni. (Tel.) Der Reichswehrminister erließ folgende Kundgebung an die Reichswehr:

„An die Reichswehr!
Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, berufen hat.
Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten! Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gestärkt werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Tatsache, daß wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht besitzen, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren.
Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwirklichen.“

Berlin, den 3. Juni 1932.
Der Reichswehrminister:
gez. von Schleicher.

Sindenburg an Brüning Ein Schreiben des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:
„Ich empfinde es schmerzhaft, mich von Ihnen trennen zu müssen, nachdem ich während der zwei Jahre unserer Zusammenarbeit so vielfach Gelegenheit hatte, Ihren lauterer Charakter, Ihre umfangreichen Kenntnisse und Ihre selbstlose Eingabe an die übernommene Pflicht kennen und hochschätzen zu lernen. Für alles, was Sie in diesen, an schweren Erschütterungen und wichtigen Entscheidungen so reichen beiden Jahren im Dienste des Vaterlandes getan haben, spreche ich Ihnen namens des Reiches wie im eigenen Namen meinen herzlichsten Dank aus. Die Zusammenarbeit mit Ihnen werde ich nie vergessen und Ihrer Person stets mit größter Hochachtung gedenken.“

Auch den übrigen aus dem Amte scheidenden Mitgliedern der Reichsregierung hat der Reichspräsident anlässlich der Überführung der Entlassungsurkunden in herzlichem Schreiben seinen Dank für ihre in schwerer Zeit dem Vaterland geleisteten Dienste ausgesprochen.

Stimmen des Auslands

BR. Paris, 3. Juni. (Tel.) Die endgültige Bildung des Ministeriums von Papen wird von der französischen Presse mit außerordentlichem Zureden aufgenommen. Aber die erste Zählungnahme des Reichskanzlers von Papen mit der internationalen Presse, äußert sich der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien“, der Reichskanzler mache den Eindruck eines einfachen, bescheidenen, wohlwollenden Menschen. Im übrigen sei er einer derjenigen Deutschen, die persönlich am stärksten für die Annäherung mit Frankreich eingetreten sind. Wenn er in Washington und London nicht so gut angeschrieben sei, so sei dafür sein Außenminister von Neurath im Gegenteil in den anglofranzösischen Kreisen gern gesehen, was also einen Ausgleich schaffe.

BR. London, 3. Juni. (Tel.) „Times“ begrüßt es, daß durch die Berufung Neuraths ein willkommener Verbindungsglied zwischen der Außenwelt und den Provinzen, aus denen die meisten neuen Minister kommen, geschaffen wurde. Sie sei eine Gewähr dafür, daß die Außenpolitik des deutschen Reiches in zuverlässigen und erfahrenen Händen liegen werde. Die beherrschende Gestalt der neuen Regierung, so erklärt „Times“, sei aber zweifellos General von Schleicher. Zuweilen wird er als ehrgeiziger Intrigant hingestellt. Aber diese Bezeichnung scheint mehr auf seine unbestreitbare Geschäftlichkeit und seine offenkundige Beherrschung der Kunst der Politik zurückzuführen sein, als auf irgendwelche erwiesenen selbsttätigen Bestrebungen. „Times“ ist der Meinung, daß Reichstagswahlen zweifellos die Nationalsozialisten zur stärksten Partei im Staate machen würden. Man kann ruhig zugeben, daß in der Reparationsfrage alle deutschen Parteien einer Meinung sind, und es besteht kein Grund, warum die Regierung des Herrn von Papen nicht imstande sein sollte, die deutsche Auffassung in Lausanne autoritativ zu erklären.

Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Söring

BR. Berlin, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Die Bundesprezidenten des Reichsbankpräsidenten Söring teilt mit: Der bisherige 1. Bundesführer des Reichsbankpräsidenten Schwarz-Rot-Gold, Otto Söring, hat unter dem 3. Juni dem Bundespräsidenten schriftlich mitgeteilt, daß er von der Bundesführung zurücktritt und aus dem Bundesvorstand ausscheidet. Die tatsächliche Leitung lag bekanntlich schon seit Ende vorigen Jahres in den Händen des Vorsitzenden Karl Göttermann.

Politische Zusammenstöße in Breslau

BR. Breslau, 3. Juni. (Tel.) Zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern, Reichsbankern, Kommunisten und Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterpartei kam es gestern wiederholt zu schweren Zusammenstößen. Als es in den späten Abendstunden zu einem Angriff auf Polizeibeamte kam, waren diese gezwungen, die Schusswaffe zu ziehen. Geschossen wurde jedoch nicht. In der Zeit von 23—23.30 Uhr entzündeten auf dem Neuen Markt und in den anliegenden Straßen mehrere politische Schlägereien. Unter den Beteiligten gab es einige Verletzte. Die Zusammenkünfte und verschiedene aufstrebende Demonstrationen wurden unter Anwendung des Polizeinüppels aufgelöst. Bei einem Zusammenstoß nach Mitternacht wurde eine Person erheblich verletzt.

Einigung über das amerikanische Steuerprogramm

BR. Washington, 2. Juni. (Tel.) Das Repräsentantenhaus und der Senat haben heute abend im Verlaufe ihrer gemeinsamen Konferenz eine vorläufige Vereinbarung über die Erhöhung der Einkommensteuer erreicht. Die von den beiden Häusern hergestellten Fassungen der Gesetzesvorlage über Steuererhöhung zur Ausgleichung des Budgets sind nunmehr in Übereinstimmung gebracht worden.

Die Regierungsbildung in Bayern

Die Bayerische Volkspartei hat nunmehr die Initiative zur Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung in Bayern ergriffen. Die Bayerische Volkspartei hat an die Fraktionen der NSDAP, der Sozialdemokratischen Partei, des Bauern- und Mittelstandsbundes und der Gruppe der Deutschnationalen Volkspartei ein Schreiben gerichtet. Der Vorschlag der Partei läuft auf die Wahl eines Ministerpräsidenten ohne vorausgehende Vereinbarung koalitionsfähiger Art bei den Parteien hinaus. Für den Posten des Ministerpräsidenten schlägt die Bayerische Volkspartei den bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Selb vor.

Was wird in Preußen? Zu Meldungen, daß im Zusammenhang mit der Neubildung der Reichsregierung der neue Reichsinnenminister Freiherr von Gahl zugleich zum Reichskommissar für Preußen bestellt werde, wird darauf hingewiesen, daß zur Zeit die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Voraussetzungen für die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen absolut fehlen. Zunächst müsse einmal geklärt werden, ob das preussische Parlament nicht einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen imstande sei. Vor allem aber müßten Ruhe, Sicherheit und Ordnung gesichert sowie die Finanzlage präpariert sein, ehe an die Ernennung eines Reichskommissars zu denken wäre.

Für die Hessischen Landtagswahlen sind neun Wahllisten eingereicht worden.

Waffen- und Munitionsfunde bei einem Bauernführer. Der in Ostpreußen bekannte Bauernführer Döppner, ein Bruder des im Königsberger Bauernprozess verurteilten Gutbesizers Döppner, wurde auf seinem Gute bei Elbst verhaftet, nachdem eine Hausdurchsuchung zahlreiche Waffen, Munition und auch Sprengstoff zutage gefördert hatte.

Die Strafanträge im Klarek-Prozess

Se 6 Jahre Zuchthaus gegen Leo und Willi Klarek

BRN, Berlin, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Unter starkem Publikumsandrang und unter großer Spannung stellte heute im Klarek-Prozess der nunmehr seit dem 31. Oktober 1931 zur Verhandlung steht, Oberstaatsanwalt Freiberger von Steinäcker nach einer nochmaligen Zusammenfassung der Hauptanklagepunkte und einer Würdigung des Strafmaßes folgende Strafanträge:

Gegen Leo und Willi Klarek wegen fortgesetzten Betruges in Lateinisch mit schwerer Urkundenfälschung zum Nachteil der Stadtbank und wegen Betrugs zum Nachteil der Dresdner und Ostbank, wegen Bestechung durch acht fortgesetzte Handlungen, wegen Betrugsvergehen, Kontursverbrechen eine Gesamtstrafe aus den verschiedenen Einzelstrafen von je sechs Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren unter Anrechnung der Untersuchungsfrist; Haftbefehl mit sofortiger Vollstreckung wurde beantragt.

Gegen Lehmann wegen Beihilfe zum Betrugs und schwerer Urkundenfälschung gegenüber der Stadtbank zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungsfrist, wegen Totschlag beabsichtigt der Staatsanwalt wegen Beihilfe zum Betrugs an der Stadtbank ein Jahr Gefängnis, gegen Schmitt wegen schwerer passiver Bestechung zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre, gegen Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung zwei Jahre Gefängnis,

gegen Bürgermeister Kohl-Stöpenitz wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr sechs Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre, gegen Stadtmann Salomonski wegen schwerer passiver Bestechung zehn Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit öffentlicher Ämter auf fünf Jahre,

gegen Gabel wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr Gefängnis und wegen Beihilfe zum Betrugs zum Schaden der Stadtbank vier Monate Gefängnis, zugemessenen zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr acht Monate Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungsfrist.

Gegen Degner wegen schwerer passiver Bestechung neun Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre,

gegen Bürgermeister Schneider wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr neun Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre,

gegen Bücherrevisor Lubing wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr drei Monate Gefängnis. Außerdem wird Haftbefehl bei Urteilspruch gegen Lehmann, Schmitt, Hoffmann, Kohl, Gabel, Schneider und Lubing gefordert.

Die Angeklagten nahmen durchweg die Strafanträge mit Freigang auf. Leo Klarek weinte, während Hoffmann mit der Faust auf den Tisch schlug.

Die Kontrolle in der Arbeitslosenfürsorge

Ersparnis 3 1/2 Millionen RM.

Um den unberechtigten Bezug von Arbeitslosenunterstützung einzuschränken, hat die Reichsregierung für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung seit August 1930 im Benehmen mit dem Reichsarbeitsministerium ihren Außendienst zur Kontrolle der Unterhaltungsempfänger neu organisiert und verstärkt. Diese Verschärfung der Kontrolle hat sich nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen für die Zeit vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1931 gut bewährt. Als finanzielle Auswirkung ergab sich eine Ersparnis an Unterstützungsmitteln in Höhe von etwa 3 1/2 Millionen Reichsmark, zu denen die Kosten des verstärkten Außenendienstes in keinem Verhältnis stehen.

Kurze Nachrichten

Über die Verlängerung des Ausleihkredits für die Reichsbank in Höhe von 90 Millionen Dollar ist am Donnerstag in Paris eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt worden. Der Kredit wird verlängert, ohne daß, wie dies von französischer Seite ursprünglich beabsichtigt gewesen, eine teilweise Zurückzahlung schon jetzt vorgenommen wird. Eine automatische Tilgung des Kredits soll im Zusammenhang mit der Devisenlage der Reichsbank erfolgen. Wie weiter verlautet, ist es der Reichsbank gelungen, bei der Erneuerung des Internationalen Kreditkredits der Reichsbank eine Herabsetzung des bisherigen Zinsfußes von 6 auf 5 Proz. durchzusetzen.

Verhandlungen im Ruhrbergbau ergebnislos. Die Verhandlungen über den Lohn- und Manteltarif im Ruhrbergbau, die am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Die Entscheidung über den Schiedspruch des Schlichters Prof. Braun liegt nunmehr beim Reichsarbeitsministerium.

Erleichterter Waffenwerb. Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend einer Änderung der Ausführungsverordnung zum Schusswaffengesetz zu, durch die der Erwerb von Schusswaffen im Interesse des Waffenhandels erleichtert wird. Ohne einen Erwerbsschein sollen danach solche Waffen gekauft werden können, die erfahrungsgemäß bei Verbrechen und gewalttätigen Auseinandersetzungen keine Rolle spielen, z. B. hochwertige Jagdgewehre, schwere unhandliche Scheibenschützen usw.

Kleine Chronik

Die Zollbehörden in Freiburg i. Br. und Trier nahmen fünf Personen fest, die Kaffee-, Zigarettenpapier usw. aus dem Saargebiet nach den deutschen Grenzen geschmuggelt und dann als Frachtpack nach Freiburg i. Br. geschickt hatten. Die Waren durch einen Kaufmann empfangen wurden. Die Sendungen erfolgten jedesmal von einem anderen Orte an die Grenze, damit den Behörden nichts auffallen sollte.

Die Aufräumungsarbeiten am Alten Schloß in Stuttgart sind nunmehr beendet worden. Das umfangreiche Baugerüst soll für den Wiederaufbau des Schloßes stehen bleiben. Es soll in Wände festgestellt werden, welche Teile des Schloßes beim Wiederaufbau Verwendung finden können. Dem Plan, das ganze Schloß für Museumszwecke zu verwenden, ist man wieder näher getreten.

Auf dem Truppenübungsplatz Münsingen wurde beim Artillerieschießen ein Reichswehroffizier, der den schützenden Unterstand am Ziel verlassen hatte, von einer Granate getroffen und getötet.

Eine Bestechungssaffäre bei der Berliner Fremdenpolizei führte jetzt zur Verhaftung eines gewissen Leo Weinberger, der der Verbindungsmann zwischen dem Aufenthaltsbewilligungen Suchenden und der Polizei war. Mit ihm verhaftet wurden noch zwei andere Ausländer. Außerdem wurde der Polizeioberleutnant Frank vom Fremdenamt und der Kriminalsekretär Göhmann, der im Außenamt des Fremdenamtes tätig war, vom Amt suspendiert und festgenommen.

Badischer Teil

Der Etat des Ministeriums des Innern vor dem Landtag

29. Sitzung. DZ, Karlsruhe, 2. Juni 1932.

Die Aussprache über den Voranschlag des Innenministeriums

wird fortgesetzt.

Den Standpunkt der Deutschnationalen vertritt Abg. Bauer. Die Verminderung der Ausgaben bedeute da und dort einen brutalen Eingriff. Es hätte aber schon früher erheblich gespart werden können durch eine energische Inangriffnahme der Verwaltungsreform und Staatsvereinfachung. Wie steht es mit der Änderung der Gemeindeordnung, wie mit der Einführung der Einkörperschaft? Die Bürgerausschüsse hätten doch nichts mehr zu sagen. An den Erparnissen am Lebensnotwendigsten haben wir mancherlei auszuheben. So wird die Gesundheitsfürsorge durch die Kürzungen für die freie Wohlfahrtsfürsorge ernstlich gefährdet. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Erhaltung der Krebsursachen. Es ist auffallend, daß namentlich die Gegend um den Bodensee stark verkrebt ist. Die Erhöhung des Betrags für die gehobene Fürsorge darf aber nicht auf Kosten des Flugverkehrs gesehen. 20 000 RM. sind nicht zu viel. Der Redner begrüßt den wiederholt eingebrachten Antrag auf Schaffung eines ausreichenden Luftverkehrs für die Bevölkerung. Er fordert nachdrücklich die Erhaltung des Hauptverkehrsamts Karlsruhe. Der Beamte, so fährt der Redner fort, habe ein Diener des Staates zu sein, nicht sein Knecht oder gar der Diener einer Partei. Das gelte namentlich auch von der Polizei. Abg. Bauer nimmt in diesem Zusammenhang kritische Stellung zur Beamtenrede des Staatspräsidenten vom 27. April. Die Deutschnationalen werden den Voranschlag ablehnen.

Ministerialrat Anspurger erklärt auf die deutschnationalen Anfrage, daß bei der Finanzierung des Landes die Gewährung der staatlichen Zuschüsse für die Gesundheitsfürsorge in der früheren Höhe nicht möglich sei.

Abg. Eichenlaub (Zentr.) behandelt ausführlich das Gebiet der sozialen Versicherung, des Arbeitsrechts und Arbeitsschubes.

Abg. Mentz (D. Rp.): Das staatliche Schlichtungswesen könne man vorerst nicht einbeziehen. Gegen Sozialpolitik und -versicherung werde in einer Weise Sturm gelaufen, die verwerflich sei. Vorhandene Mängel würden natürlich nicht gebilligt. Abwegig aber sei es, die deutsche Sozialpolitik für unser wirtschaftliches Unglück verantwortlich zu machen. Wie der Vorredner, so macht auch Abg. Mentz Vorschläge zu einer Reform der Rentenversicherung.

Abg. Dr. Baelbin (Staatsp.) ist der Meinung, man solle die Landeskommissare ruhig belassen. Sie könnten in vielen Fällen selbständig entscheiden und lägen näher bei der Bevölkerung. Mit Befriedigung nehme man zur Kenntnis, daß die Regierung nicht an die Aufhebung weiterer Bezirksämter denkt. Bezüglich der Handels- und Handwerkskammern möge man es beim Alten belassen und auch an der Kreisverfassung in diesem Augenblick nichts ändern. Wir müßten einmal dazu kommen, daß der Staat die ganze Unterhaltung der Land- und Kreisstraßen übernimmt. Der Redner wünscht eine größere Selbständigkeit für die Gemeinden. Dem Hilfsrat der Gemeinden müsse man erhöhte Beachtung schenken. Beim Flugverkehr handle es sich darum, eine nationale Einrichtung zu erhalten. Nach einer Vereinbarung unter den Parteien soll das Ministerium des Innern ermächtigt werden, im Benehmen mit dem Finanzministerium Ersparnisse bei anderen Positionen zu machen, und von diesen Ersparnissen den Differenzbetrag von 40 000 RM. für beide Jahre dem Flugverkehr zuzuführen.

Für die Polizei wünscht der Redner nicht nur eine gute Unterkunft, Haltung und praktische Ausbildung, sondern auch eine gute geistige Ausbildung. Jedenfalls müsse der Beamte auf dem Boden der Verfassung stehen und er dürfe sich nicht gegen den Staat wenden. Der Redner äußert weiterhin eine Reihe von Wünschen, so den, die Wohnstätten in Baden-Baden auch im Winter zu öffnen. Er verbreitet sich dann über die Wohnungsfürsorge. Die Althausbesitzer hätten in der letzten Zeit bedeutende Zugewinne hinsichtlich der Mieten machen müssen. Mit der Verteilung des Aufkommens an Gebäudensteuer seien die Gemeinden nicht einverstanden. Der Eintrag des Städteverbandes über die Lage des Neuhausbesitzes möge man die gebührende Beachtung schenken. Wir müßten uns bald zu einem starken Schritt bereit machen und den Städten Hilfe bringen. Der Redner stimmt der Anregung des Ministers im Anschluß zu, zu gegebener Zeit ein Institut zur Beschaffung zweiter und dritter Hypotheken für den Kleinwohnungsbau zu schaffen.

In seinen weiteren Darlegungen erwähnt der Abg. Dr. Baelbin die vorbildliche Tätigkeit des Statistischen Landesamtes. Er bekennt sich zum Schluß als Anhänger der großen Verwaltungsreform im Sinne der Reichsvereinfachung.

Abg. Frau Langendorf (Komm. P.) übt heftige Kritik an den nach ihrer Ansicht völlig unzulänglichen sozialen Einrichtungen.

Regierungsseitig werden dann einige förmliche Anfragen der Kommunisten beantwortet. Sie betreffen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes, die verbotene proletarische Jugendweize in Mannheim und die Hochwasserfäden.

Abg. Engelhardt (Zentr.) vertritt die Interessen der Nebenerwerbler. Die freiwillige Umstellung der Amerikaner- und Hybriden in andere Sorten, macht dank der gewährten Varentschädigung bedeutsame Fortschritte. Um die Prämien auch in einem schweren Hageljahr in tragbaren Grenzen zu halten, wünscht der Redner eine Erhöhung des staatlichen Zuschusses zur Hagelversicherung. Er schlägt, die Umstellung der DZB in Mannheim sei ein Beweis für den Mut und die zähe Ausdauer, mit der der wichtige Berufsstand der deutschen Landwirtschaft sein Schicksal zu meistern suche. Neben der Selbsthilfe sei es Aufgabe des Staates, den bäuerlichen Besitzstand zu erhalten, denn die heimische Landwirtschaft bilde das Fundament und Rückgrat unserer gesamten Volkswirtschaft.

Freitag, 8 Uhr, Fortsetzung der Aussprache Schluß 21 Uhr.

30. Sitzung. DZ, Karlsruhe, 3. Juni.

Zu Beginn der Sitzung um 8 Uhr berichtet Abg. Feid (Soz.) über

die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zu verschiedenen Anträgen und Gesuchen.

Der Landesverband des bad. Grenzfliegerpersonals war wegen der Rechtsverhältnisse des Personals vorstellig geworden.

Der Antrag geht auf Überweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme. Ferner wird die Regierung ersucht, die Überführung einer Anzahl planmäßiger Stellen ins Angestelltenverhältnis allmählich vorzunehmen, um Härten zu vermeiden.

Die Fraktionen der Nationalsozialisten und der Staatspartei haben Anträge eingebracht, die die Förderung des Luftverkehrs betreffen. Eingaben der Badisch-Pfälz. Luftkassens, des Bad. Industrie- und Handelstags und des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim wenden sich gegen die Kürzung der Subvention für den Luftverkehr.

Der Ausschuß stellt mit 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden Antrag:

„Die Regierung wird ermächtigt, im Bereiche des Ministeriums des Innern gemachte Ersparnisse in Höhe von 40 000 Reichsmark während des Haushaltszeitraums dem Flugverkehr zuzuwenden.“

Obige Anträge und Gesuche sind damit erledigt.

Der Antrag des Evang. Volksbundes, betr. Gründung eines gemeinnützigen Siedlungsunternehmens, soll durch die Regierungserklärung für erledigt erklärt, ein Gesuch der Bad. Landesgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtsfürsorge, betr. den Landeswohlfahrtsfonds, der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Abg. Feid (Zentr.) berichtet über das Gesuch des Bad. Württ. Weinbauverbandes für Hybridenreben e. B. in Kapellwinden.

Der Ausschuß beantragt, das Gesuch der Regierung in dem Sinne zu überweisen, daß sie entsprechend den früheren Landtagsbeschlüssen erneut und nachdrücklich bei der Reichsregierung darauf hinwirkt, Milderungen für die Hybridenpflanzen zu erreichen.

Darauf wird

die Aussprache über den Innenetat

fortgesetzt.

Abg. Nestler (D. Rp.) trägt die Wünsche und Beschwerden von Handel und Gewerbe vor. Die Regiebetriebe sollen sich auf das Notwendige beschränken, das heimische Gewerbe bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen unbedingt bevorzugt werden. Der Redner befürwortet erschwerte Bestimmungen für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte. Der Vollstreckungsschutz sollte auch dem Gewerbe zugute kommen.

Abg. Klausmann (Komm.) begründet weitgehende Anträge zum Etat.

Minister Maier

wendet sich gegen verschiedene Ausführungen des Abg. Bauer. Über die Organisation des zivilen Luftschutzes sind zu Beginn des Jahres Richtlinien an die Landräte hinausgegangen. Die Organisationsbildung ist im Gange.

Der Minister setzt sich dann mit den Kommunisten auseinander, von diesen wiederholt von Zwischenrufen unterbrochen. (Vizepräsident Dr. Walbeck warnt vor dauernden Störungsversuchen und droht mit Ordnungsrufen.) Der Minister gibt von den Kommunisten ausgegangene Richtlinien für ErwerbslosenDemonstrationen bekannt. Man werde dafür sorgen, daß die Stadtverwaltungen nicht von außen her tyrannisiert werden. Es sei eine unerhörte Geschichte, daß man mit den 190 000 Erwerbslosen, die wir noch in Baden haben, Schindluder treiben will. (Heftige Zurufe der Kommunisten. — Große Anruhe im Hause. — Von der Tribüne wird gerufen: „7,50 RM. in der Woche!“ — Der Minister wird entfernt. Rufe des Abg. Klausmann: „Der Tribünenbesucher schreibt bei seinem Weggang: „Es lebe die Revolution!“ — Abg. Klausmann zieht sich einen dritten Ordnungsruf zu und muß den Sitzungssaal verlassen. — Abg. Feid erhält zwei Ordnungsrufe.)

Der Minister fährt fort: Man benötigt die Erwerbslosen, um die politischen Motive der Kommunisten vorwärts zu treiben. (Heftiger Widerspruch der Kommunisten. — Erneut große Anruhe im Hause.) Der Minister warnt die Kommunisten vor dieser Taktik. Es könnte sonst sein, daß nicht die unschuldigen Opfer, sondern die Arrangiere zur Rechenschaft gezogen werden.

Abg. Feid (Zentr.) behandelt landwirtschaftliche Fragen und verweist auf den bedenklichen Grad der Verschuldung in der Landwirtschaft. Der Redner erkennt an, daß die Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft erfolgreich waren. Die Lage der badischen Landwirtschaft sei wegen des Rückganges der Viehpreise so katastrophal geworden. Im übrigen tue die deutsche Landwirtschaft alles, um die Ernährung des Volkes auf eigener Scholle zu sichern. Auf dem Gebiete des Obst- und Gemüsebaues sei in bezug auf die Standardisierung Großes geleistet worden. Reichs- und Landesregierung hätten in idealer Weise zusammengewirkt, um die Selbsthilfefaktion zu einem Erfolg zu führen. Der Redner macht dann noch Ausführungen zur Milchwirtschaft und Siedlungspolitik.

Abg. Hermann (Wirtschaftsp.) lenkt den Blick auf den heutigen Existenzkampf von Handwerk und Einzelhandel. Das Gewerbeaufsichtsamt möge deshalb berechtigten Bedürfnissen Rechnung tragen, auch Entgegenkommen zeigen, wenn sich die Geschäftsleute durch Offenhaltung ihrer Läden an Sonntagen Erinnahmen verschaffen können. Auch in der Bekämpfung der Schwarzarbeit möge die Behörde das Handwerk nachdrücklich unterstützen. Der Redner begrüßt, daß die Mittel für die Landwirtschaft vom Ausschuß etwas erhöht worden sind. Gerade das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe bedürfe nachhaltiger Förderung. So, wie aber die Dinge lägen, werde in den nächsten Jahren kaum eine größere Neubautätigkeit einsehen. Darum sollte dafür gesorgt werden, daß das Handwerk wenigstens Instandsetzungsarbeiten bekommt. — Der Redner nimmt sich dann der notleidenden Neuhausbesitzer an.

Minister Maier

erwidert dem Vorredner, daß es im gegenwärtigen Augenblick ausgeschlossen sei, die Gefahrenklasse bei der Gebäudeversicherung aufzuheben. Die Regierung sei willens, das ihre zu tun, um die in den Häusern inbegriffenen wertvollen Vermögenswerte zu erhalten.

(Fortsetzung des Berichts in nächster Nummer)

Zum Fall Daubmann

wird von der Pressestelle beim Staatsministerium mitgeteilt: ** Die Angelegenheit des Heimkehrers Daubmann aus Emdingen wird von den zuständigen Landes- und Reichsstellen einer gründlichen Prüfung unterzogen. Auch ist das auswärtige Amt in dieser Sache mit der französischen Regierung in Verbindung getreten.

Aus den Parteien

Reichsfinanzminister a. D. Dietrich wird am Sonntag, den 5. Juni, in Karlsruhe weilen, um an einer Vorstandssitzung der badischen Staatspartei teilzunehmen. In der Sitzung, die sich über den Sonntagmittag erstreckt wird, wird die jetzige politische Lage zu lebhafter Aussprache Anlaß geben.

Ab. Albrecht v. Waldshut, 2. Juni. Die Arbeitsgemeinschaft Hochstet-Buber, die den Bau des Kraftwerks Albrud-Dogern vornimmt, teilte den streikenden Arbeitern mit, daß sie sich mit dem 2. Juni als striktlos entlassen zu betrachten haben und stelle ihnen die Papiere zu. Die Streikleitung macht darauf aufmerksam, daß eine Lohnföhrung von 11,8 Proz. am 1. April 1931 vorgenommen wurde, der eine weitere von 5 Proz. am 8. Dez. 1931 folgte und neuerdings wieder eine solche von 20 bis 21 Proz., sodaß unter Berücksichtigung der erhöhten sozialen Abgaben das Lohnneinkommen nicht mehr zur Lebenshaltung ausreicht. Der Streik dehnt sich weiter aus. Nach Albrud-Dogern und Schluchsee ruht nun auch die Arbeit bei dem Kraftwerk in Kembs, infolge eines am Mittwoch dort ausgebrochenen wilden Streiks.

Aus der Landeshauptstadt

Vertagsausflüge mit der Reichsbahn zu ermäßigten Fahrpreisen. Während bisher nur mit Sonntagsfahrten Ausflüge zu ermäßigten Preisen unternommen werden konnten, bieten die neu eingeföhrten Rundreisefahrten sowohl Sonntags als auch werktags Gelegenheit zu verbilligten Ausflügen und Rundfahrten. Als Karlsruhe bestehen jetzt u. a. folgende täglich geltenden Rundreisefahrten zu ermäßigten Preisen: Karlsruhe—Pforzheim—Wildbad und zurück von Baden-Baden nach Karlsruhe oder umgekehrt (3. Klasse 2,70 RM.); Karlsruhe—Breiten—Maubronn—Mühlader—Pforzheim—Karlsruhe (3. Klasse 2,60 RM.); Karlsruhe—Bruchsal—Breiten—Maubronn—Mühlader—Pforzheim—Karlsruhe (3. Klasse 3 RM.); Karlsruhe—Schwöbingen—Mannheim—Schwöbingen—Bruchsal—Karlsruhe (3. Klasse 4 RM.); Karlsruhe—Mannheim—Landau—Germersheim—Blantenloch—Karlsruhe (3. Klasse 3 RM.). Fahrunterbrechung ist während der 15tägigen Gültigkeit der auch in umgekehrter Richtung benützbaren Rundreisefahrten beliebig gestattet.

Badisches Landestheater. Die Theater-Akademie des Badischen Landestheaters, die seit 1927 besteht, wird in diesem Jahre zum ersten Male mit einer öffentlichen Vorstellung im Konzerthaus vor das Publikum treten. Am Freitag, den 10. Juni, gelangt zur Aufföhrung: „Als ich noch im Jünglingsalter“, ein fröhliches Spiel von A. Rehm und M. Freese. Vorher wird der 1. Akt von Gumpert'schen Märchenoper, „Hänel und Gretel“ einigen jungen Mitgliedern der Opernabteilung Gelegenheit geben, ihre Können zu zeigen. Die Leitung der Theaterakademie hat Staatschauspieler Ulrich von der Trenck. Die Eintrittspreise sind vollständig.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Zahlreiche kleinere Teufstürmchen liegen heute über Mitteleuropa. Nur über Standinabien ist aus N.O. eine kräftige Zyklone angelangt. Die Wetterlage ist also noch immer günstig für Gemütsbildungen, wie sie auch gestern im südlichen Baden auftraten. Die Temperaturen sind wieder durch Einföhrung ziemlich gestiegen, so daß das Wetter schon teilweise schwül zu nennen ist. Voraussage: Vielereits Gewitter und etwas kühler.

Wasserstände: Waldshut 324 minus 7, Basel 129 minus 7, Schutterinsel 194 minus 9, Rühr 346 minus 6, Mann 515 minus 11, Mannheim 414 minus 16, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Antlich)

	3. Juni		2. Juni	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	170,78	171,12	170,78	171,12
Kopenhagen 100 Kr.	84,77	84,93	84,77	84,39
Stapel . . . 100 L.	21,62	21,66	21,62	21,66
London . . . 1 Pf.	15,52	15,56	15,50	15,54
New York . . . 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris . . . 100 Fr.	16,61	16,65	16,61	16,65
Schweiz . . . 100 Fr.	82,39	82,55	82,39	82,55
Wien 100 Schilling	51,95	52,05	51,95	52,05
Brag . . . 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485

Börsen und Geldmarkt

Die Börse nahm die Regierungskrise auffallend ruhig auf und die Stimmung war sogar meist fest. Namentlich am Aktienmarkt kam es, wie berichtet, zum Teil zu erheblichen Kurssteigerungen, ganz im Gegensatz zu der Schwäche des Rentenmarkts. Die Befürchtungen mancher Besitzer festverzinslicher Papiere waren aber schon deswegen hinfällig, weil jede deutsche Regierung, vor allem Herr v. Hindenburg, selbst sich hüten wird, eine neue Geldabwertung, die zu schlimmsten Umwäl-

Stadt Pforzheim.
6%ige (früher 8%ige) Goldanleihe vom Jahre 1926.
6%ige Goldanleihe vom Jahre 1927.
Die nach den Tilgungsplänen für diese beiden Anleihen auf 1. November 1932 zur Rückzahlung kommenden Schuldverschreibungen im Nennwert von 102.000 RM. und 113.600 RM. sind von der Stadt Pforzheim freihändig erworben worden. Es findet daher für diese Anleihen in diesem Jahre keine Auslösung statt.
Pforzheim, den 1. Juni 1932. 2.898
Der Oberbürgermeister.

C. 114. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Mehle & Schlegel, Inhaber Wilhelm Mehle in Karlsruhe, Amalienstr. 23, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigeraus-schlußmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters und zur Prüfung der nachträglich gemeldeten Forderungen Schlußtermin bestimmt auf: **Mittwoch, 29. Juni 1932, nachmittags 4 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestrasse 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 150, Karlsruhe, 30. Mai 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.
Wir werben für Sie!

zungen in Politik und Wirtschaft führen würde, einzuleiten. Am gestrigen Donnerstag hat auch eine besonnene Lagebeurteilung Platz gegriffen. Die Erklärungen, daß der Reichsbankpräsident Dr. Lohner unbedingt an der Währungsstabilität, ebenso wie die Reichsregierung, festhalten wird, haben ihren beruhigenden Eindruck nicht verfehlt. Daß nach dem Hinausschnellen der Kurse neue Abgaben erfolgen würden, war vorauszu-sehen. Dabei hatte man es mit nicht mehr als einer normalen Reaktion zu tun. Der Rentenmarkt zeigte ein beruhigtes, zum Teil sogar festeres Aussehen.
Die Geldlage war weiter leicht. Die Devisenlage hat sich kaum geändert. Die Zuteilung für Juni wird voraussichtlich wieder 30 Prozent betragen.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 1. Juni 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 1. Juni 1932 für eine Unze Feingold 112 sh 9 d., in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 1. Juni 1932 mit 15,50 RM. umgerechnet 87,813 RM., für ein Gramm Feingold demnach 43,4999 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,80937 RM.

Enginger Unionwerke AG. Mannheim. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte den Abschluß und die vorgeschlagene Ausschüttung von 4 v. H. Dividende aus dem Reingewinn von 235.442 RM. Ferner genehmigte die Generalversammlung die von der Verwaltung vorgeschlagene Verwendung des bei der im Vorjahr durchgeführten Einziehung von 1 Million Reichsmark Aktien erzielten Nettobehaltgewinns von 810.167 RM zu Abschreibungen und Rückstellungen, die in der Bilanz per 31. Dezember 1931 bereits vorgenommen wurden. Eine längere Diskussion ergab sich bezüglich der vorgeschlagenen weiteren Einziehungen von 500.000 RM eigenen Aktien, von denen die Gesellschaft 250.000 RM im laufenden Geschäftsjahr bereits erworben hatte, während die anderen 250.000 RM durch Zurverfügungstellung durch die Aktionäre angeschafft werden sollen. Nach Beschluß der Generalversammlung wurde gegen die 640 Stimmen der Opponenten das Kapital von 5,20 Millionen Reichsmark auf nunmehr 4,70 Millionen Reichsmark herabgesetzt. Die Verwaltung teilte mit, daß die Voranmeldungen für den jetzt zur Durchführung gelangenden freiwilligen Kapitalerhöhung so erheblich waren, daß von dem Angebot nur im Verhältnis 2:1 Gebrauch gemacht werden kann. Im Hinblick auf die überaus günstige Lage der Gesellschaft werde diese Angelegenheit der Höhe der Voranmeldung alsbald eine weitere Generalversammlung einberufen, um das Kapital nochmals um 10 v. H., also um 470.000 RM durch freiwilligen Einzug zu vermindern. Die Generalversammlung beschloß ferner die Verlegung des Sitzes von Mannheim nach Heidelberg. Der alte Aufsichtsrat wurde für die Dauer eines Jahres wiedergewählt. Seine Bezüge wurden auf jährlich 1000 RM je Mitglied und 10 v. H. Lohntiere neu festgelegt.

Insolvenz einer Freiburger Buchdruckerei. Die C. A. Wagnersche Buchdruckerei in Freiburg hat ihr Zahlungen eingestellt und ein gerichtliches Vergleichsverfahren auf der Basis von 50 Prozent bei voller Befriedigung der Kleinforderungen bis zu 100 RM beantragt. Nach einer Mitteilung der „Freib. Zig.“ betragen die Aktien 381.963 RM, die Passiven 521.338 RM. Das Aktientapital beläuft sich auf 300.000 RM. Die gefälligen Referenzen auf 30.000 RM. Für das am 31. März 1932 beendete Geschäftsjahr wurden 139.174 RM Verluste ausgewiesen. Die Gesellschaft führt ihre Insolvenz auf die besonderen Zustände im Verlagsgeschäft zurück, da hauptsächlich für Verleger gearbeitet wurde und Ziele bis zu 1/2 Jahre eingeplant werden mußten; ferner auf die Zusammenbrüche in der Rundschau und die Unmöglichkeit, die Verluste entsprechend zu senken. Im Konkursfall sei die Verwertung der Aktien sehr schwierig, im übrigen sei die Fortführung des Betriebes durch neue Mittel gewährleistet.

Bayerische Großkraftwerke dividendenlos. Die drei Werke, Bayernwerk A.-G. München, Mittlere Jar A.-G. München und Waldenwerk A.-G. München, bleiben für 1931 (31. Dez.) ohne Dividende (i. B. 4 Prozent). Die Vorträge bleiben ungetafelt. Dafür werden bei den einzelnen Gesellschaften stille Reserven sichtbar gemacht und teilweise zur Erhöhung der Abschreibungen herangezogen. Bei dem Bayernwerk A.-G. hat sich der Drehstromabsatz um 20 Prozent von 879 auf 766 Millionen kWh verringert, die Einnahmen gingen um 24 auf 16,46 Millionen Reichsmark zurück, wogegen der Kapitaldienst 4,28 (3,14) Millionen erforderte. Der Gesamtstromabsatz überstieg den vorjährigen um 16 Prozent und hielt sich damit auf der Höhe von 1929/30; trotzdem waren die Einnahmen geringer und eine Verringerung des Ergebnisses sei zunächst nicht zu erhoffen. Die Mittlere Jar A.-G. weist Einnahmen von 4,09 (5,48) Millionen aus, denen 1,46 (1,49) Millionen Unkosten und 1,84 (1,89) Millionen Kapitaldienst gegenüberstehen. Es wurden 165 (202) Millionen kWh Drehstrom an das Bayernwerk abgegeben. Die Gesamtstromabgabe belief sich auf 265 (313) Millionen kWh. Das Waldenwerk zeigt Einnahmen von 1,2 (1,63) Millionen, wovon Unkosten 0,1 (unb.) und Kapitaldienst 0,33 (0,35) Millionen erforderten. An das

Bayernwerk wurden 88 (105) Millionen kWh Drehstrom geliefert, insgesamt 114 (155) Millionen kWh, d. h. 16 Prozent weniger, abgegeben. An Rückstellungen werden erstmals sichtbar gemacht beim Bayernwerk 2,7, bei der Mittleren Jar 1,15 und beim Waldenwerk 0,69 Millionen.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Oberregierungsrat Dr. Karl Hof in Ministerium des Kultus und Unterrichts zum ordentlichen Honorarprofessor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe; der planmäßige außerordentliche Professor Dr. Arthur Rosenthal an der Universität Heidelberg, mit der Amtsbezeichnung und den akademischen Rechten eines ordentlichen Professors zum ordentlichen Professor der Mathematik daselbst; der ordentliche Professor der mittelalterlichen Geschichte an der Universität Freiburg, Dr. Hermann Seimel und der ordentliche Professor der historischen Theologie an der Universität Heidelberg, D. Dr. Walter Köhler zu ordentlichen Mitgliedern der Badischen Historischen Kommission.

Bestätigt:

Die Wahl des Dr. August Beringer in Mannheim, des Professors Dr. Eugen Feiler in Heidelberg und der Archivate Dr. Manfred Krebs und Dr. G. D. Siebert in Karlsruhe, zu außerordentlichen Mitgliedern der Badischen Historischen Kommission.

Bestätigt:

Oberrechnungsrat Hermann Polensky an das Domänenamt Karlsruhe, die Finanzobersekretäre Erwin Barth, Ruitgard Klevenz und Karl Reisinger, sowie Finanzsekretär Albrecht Böller zur Landeshauptkasse in Karlsruhe, alle infolge Aufhebung der Zentralaufsichtsdienstverwaltung Karlsruhe; in gleicher Eigenschaft: Studentent Josef Straßer in Waldbrunn an die Handelsschule in Ettlingen.

In den einstufigen Nebenanstand versetzt: Studentent Dr. Josef Schmid an der Handelsschule in Ettlingen a. S.; Professor Dr. Georg Manz am Realgymnasium Billingen; Studentent Hugo Rüb an Gymnasium Heidelberg.

Auf Ansuchen in den einstufigen Nebenanstand versetzt: Professor Dr. Edgar Fleig am Realgymnasium Freiburg; Hauptlehrerin Leonie Nerlinger in Karlsruhe.

Justizministerium

Ernannt:

Die Ersten Staatsanwälte Dr. Leonhard Bender in Mannheim zum Oberstaatsanwalt in Waldshut, Dr. Johannes Ferdinand in Freiburg zum Oberregierungsrat im Justizministerium, die Landgerichtsräte Dr. Alfred Zuppold in Karlsruhe zum Ersten Staatsanwalt in Mannheim, Dr. Ernst Pfeifer in Karlsruhe zum Ersten Staatsanwalt daselbst, Wilhelm Martens in Offenburg zum Ersten Staatsanwalt daselbst, Amtsgerichtsrat Wolfgang Drescher in Karlsruhe und Regierungsrat Dr. Hans Christof von Schroeter im Justizministerium zu Landgerichtsräten in Karlsruhe, die Staatsanwälte Friedrich Heim in Karlsruhe zum Amtsgerichtsrat daselbst, Anton Denecke in Offenburg zum Landgerichtsrat daselbst, Paul Werner in Pforzheim zum Amtsgerichtsrat in Vorrang, die Gerichtsassessoren Roderich Gangmann aus Pforzheim zum Staatsanwalt in Pforzheim und Dr. Josef Schafheutte aus Freiburg zum Regierungsrat im Justizministerium, Kanzleigehilfin Anna Holzerbach beim Amtsgericht Überlingen zur Kanzlistin.

Versetzt:

Amtsgerichtsrat Oskar Hochreuther in Vorrang nach Freiburg, Erster Staatsanwalt Theodor Bieler in Offenburg nach Freiburg, Justizinspektor Hermann Schmitt beim Amtsgericht Mannheim zur Staatsanwaltschaft daselbst und Justizobersekretär Ernst Ding bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Amtsgericht daselbst.

Personalaränderungen in der Rechtsanwaltschaft

Zugelassen als Rechtsanwälte: Gerichtsassessor Dr. Wolf Schwoboda beim Amtsgericht Überlingen und Landgericht Konstanz, Rechtsanwalt Dr. Iwan Meyer beim Amtsgericht Lahr und Landgericht Offenburg nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Freiburg, der beim Landgericht Karlsruhe zugelassene Rechtsanwalt Alfred Grombacher auch bei der Kammer für Handelsfachen in Pforzheim.

Finanzministerium

Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes: Oberrechnungsrat Josef Albert bei der Staatsschuldenverwaltung.

Städt. Sparkasse Philippsburg
Öffentliche Sparkasse
Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	9 429,53	1. Spareinlagen	1 210 939,03
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postf.	17 821,84	2. Aufwertungs-Spareinlagen	518 222,62
3. Einlage beim Spar- u. Giroverband	30 000,—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	77 045,03
4. Wechsel	26 802,46	4. Anlehenskapitalien	220,—
5. Wertpapiere	64 664,10	5. Ausgaberrückstände	1 450,—
6. Gemeindepfandbriefe	19 453,—	6. Rücklagen	
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private	183 012,96	a) Geseh. Reservefonds	88 465,16
8. Hypotheken-Darlehen	1 328 841,86	b) Sonderrücklage	51 409,32
9. Darlehen auf Schuldscheine	303 064,96	7. Reingewinn vom Jahre 1931	14 654,53
10. Einnahmerückstände	69 322,47		
11. Gebäude	10 001,—		
12. Inventar	1,—		
	2 062 415,18		2 062 415,18

Die gesehliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 906 206,67 RM = 95 310,33 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 103 119,69 RM
Somit mehr 7 809,36 RM

Philippsburg, den 30. April 1932. R. 985
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Zimmermann, Bürgermeister. Schürer.

Drud. G. Braun, Karlsruhe